



Newsletter RECHT–Dezember 2025

NEUES aus BAU

Geändertes Landesgaststättengesetz tritt am 1.1.2026 in Kraft

Der Landtag hat am 13.11.2025 das geänderte Landesgaststättengesetz beschlossen. Zum Gesetzgebungsverfahren hatten wir in der [Juli-Ausgabe](#) berichtet. Das neue Landesgaststättengesetz finden Sie [hier](#).

Geplantes Gleichbehandlungsgesetz kommt nicht mehr

Das umstrittene Gleichbehandlungsgesetz wird [nach Aussage des Ministerpräsidenten](#) nicht mehr kommen. Das Gesetz sollte Benachteiligungen bei der öffentlich-rechtlichen Verwaltungstätigkeit entgegenwirken. HANDWERK BW hatte gefordert, Handwerkskammern und Beliehene (Schornsteinfeger, KFZ-Betriebe) aus dem Anwendungsbereich zu nehmen. Nun wurde bekannt, dass das Vorhaben nicht weiterverfolgt wird.

RECHT in der PRAXIS

ZDH-Praxis Recht: KI und Datenschutz für Handwerksbetriebe

Beim Einsatz künstlicher Intelligenz sind auch Aspekte des Datenschutzes zu berücksichtigen. Das neue ZDH-Praxis Recht fasst für Handwerksbetriebe die maßgeblichen Datenschutzanforderungen beim Einsatz künstlicher Intelligenz zusammen, gibt praxisrelevante Tipps und enthält eine Checkliste für Datenschutzmaßnahmen. Das Praxis Recht finden Sie [hier](#). Weiterführende Informationen finden Sie [hier](#).

Mutterschutz: Informationen für KMU zur anlassunabhängigen Gefährdungsbeurteilung

Der Ausschuss für Mutterschutz (AfMu) hat die Empfehlung "Einstiegshilfe für kleine und mittlere Unternehmen zur anlassunabhängigen Gefährdungsbeurteilung nach dem Mutterschutzgesetz" beschlossen. Die Empfehlung soll vor allem auch Kleinstbetrieben einen niedrigschwälligen Einstieg in die Durchführung einer anlassunabhängigen Gefährdungsbeurteilung bieten. Die Einstiegshilfe besteht aus einem beidseitig bedruckten Arbeitsblatt, das auch händisch vor Ort ausgefüllt werden kann. Es handelt sich um eine dreifarbig Tabelle in Form eines Ampelsystems, das die Beurteilung von Gefährdungen erleichtern soll und erkennbar macht, ob im Fall einer Schwangerschaft oder einer Stillzeit Schutzmaßnahmen ergriffen werden müssen. Die Tabelle führt beispielhaft mögliche Gefährdungen aus der Praxis auf, die entsprechend angepasst werden können. Die Empfehlung sowie FAQ finden Sie auf der [Website des Ausschusses für Mutterschutz](#).

Ausgleichsabgabe: Frist endet am 31. März 2026

Am 31. März 2026 endet die Frist zur Abgabe der Anzeige zur Berechnung der Ausgleichsabgabe für das Anzeigejahr 2025. Die Ausgleichsabgabe ist von Arbeitgebern mit mehr als 20 Arbeitsplätzen zu entrichten, die nicht ausreichend schwerbehinderte Menschen beschäftigen. Die Höhe der Ausgleichsabgabe ist gestaffelt

nach Anzahl der Arbeitsplätze und Anzahl der beschäftigten schwerbehinderten Menschen. Die Beträge sowie weitere Informationen finden Sie [unter www.rehadat-ausgleichsabgabe.de](#). Unter [IW-Elan.de](#) erfahren Sie mehr zum elektronischen Anzeigeverfahren.

EU-Kommission veröffentlicht Leitlinien zur Produktsicherheitsverordnung (GPSR)

Wie im Newsletter Dezember 2024 berichtet, trat am 13. Dezember 2024 die EU-Produktsicherheitsverordnung in Kraft. Seit diesem Zeitpunkt müssen bei der Bereitstellung von Verbraucherprodukten insbesondere Online-Händler bestimmte Informationspflichten beachten sowie Hersteller eine technische Dokumentation erstellen. Die Informationspflichten finden Sie im ZDH-Praxis Recht „[Informationspflichten im geschäftlichen Alltag](#)“ zusammengefasst (S. 3f.). Mit fast einem Jahr Verzögerung hat die EU-Kommission Ende November die damals angekündigten Leitlinien zur Anwendung der Produktsicherheitsvorschriften veröffentlicht. Mit dieser Bekanntmachung soll insbesondere kleinen und mittleren Unternehmen dabei geholfen werden, ihre Verpflichtungen aus der GPSR besser zu verstehen und zu erfüllen. Die Leitlinien enthalten Erläuterungen, Checklisten und Beispiele. Für die für Hersteller von Verbraucherprodukten verpflichtend vorgesehene Anfertigung der technischen Dokumentation ist außerdem eine Mustervorlage enthalten. Die Verwendung des Musters ist nicht verpflichtend. Es empfiehlt sich jedoch, die Vorlage zu nutzen, um die Vorgaben der GPSR korrekt umzusetzen. Die Leitlinien finden Sie [hier](#).

WICHTIGE ÄNDERUNGEN

Verlängerung der Bezugsdauer für das Kurzarbeitergeld auf bis zu 24 Monate

Das Bundeskabinett hat am 17.12.2025 die Vierte Verordnung über die Bezugsdauer für das Kurzarbeitergeld verabschiedet. Mit der Verordnung wird die Bezugsdauer für das Kurzarbeitergeld auf bis zu 24 Monate, längstens bis zum 31. Dezember 2026, verlängert. Was dies für Betriebe, die sich bereits in Kurzarbeit befinden, bedeutet, erfahren Sie auf unserer [Homepage](#).

Vergabe: EU-Schwellenwerte sinken ab Januar leicht

Alle zwei Jahre werden die Schwellenwerte für EU-weite Vergabeverfahren von der Europäischen Kommission überprüft. Die Anpassungen erfolgen mittels delegierter Verordnungen auf Basis der Schwellenwerte des Government Procurement Agreement, einem internationalen Abkommen über das öffentliche Beschaffungswesen. Zum 1.1.2026 sinken die Schwellenwerte um 2 %. Die neuen Schwellenwerte finden Sie [hier](#).

Weitere Änderungen zum Jahreswechsel

Weitere Änderungen zum Jahreswechsel hat die [DHZ](#) zusammengefasst.

AUSBLICK: Kommende Neuerungen:

Verpflichtender Widerrufsbutton für Online-Verbraucherverträge ab dem 19. Juni 2026

Die EU-Richtlinie EU 2023/2673 sieht die Einführung eines Widerrufsbuttons für Verbraucherverträge, die über eine Online-Benutzeroberfläche geschlossen werden, vor. Deutschland muss diese Richtlinie bis zum 19.06.2026 umsetzen. Bis jetzt liegt nur ein Regierungsentwurf für eine Änderung des BGB vor. Nach Abschluss des Gesetzgebungsverfahren werden wir darüber informieren, welche konkreten Pflichten die Änderung mit sich bringt.

Termine

Wahlpodium zur Landtagswahl

Am 22. Januar 2026 ab 18 Uhr treffen in Stuttgart die Spitzenkandidaten für die Landtagswahl am 08. März beim Wahlpodium von HANDWERK BW aufeinander. Anmelden können Sie sich [hier](#).